



**Antworten der  
Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU)  
und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU)  
auf die Fragen des  
BAG Streetwork/ Mobile Jugendarbeit e. V.**

**1. Das Europäische Parlament hat die Mitgliedsstaaten dazu aufgefordert, bis 2030 Wohnungslosigkeit in der EU abzuschaffen. Setzen Sie sich dafür ein, dass Deutschland das Ziel der Europäischen Union erreicht? Welche Maßnahmen werden Sie dafür umsetzen?**

**Antwort:**

Staatlich geplanter und kontrollierter Wohnungsbau führt nicht zu mehr bezahlbarem, menschenwürdigem Wohnraum. Was wir brauchen, ist aus Landes- und Bundesmitteln geförderter Sozialwohnungsbau und dazu Anreize für mehr Wohnungsbau, besonders in überhitzten Gebieten. Einen Mietendeckel lehnen wir ab, er hat in Berlin das Gegenteil bewirkt und zu weniger Wohnungsneubau geführt. Wir werden den sozialen Wohnungsbau weiter fördern und das Wohngeld ab 2022 regelmäßig anpassen. Wohnraum muss auch für Menschen mit geringem Einkommen bezahlbar sein. Beim sozialen Wohnungsbau werden wir mit den Ländern erörtern, ob sie zu jedem Bundes-Euro mindestens einen Euro zugeben und zweckgebunden einsetzen.

**2. Aktuell sind ca. 678.000 Menschen ohne Wohnung. Die Pandemie hat die prekäre Situation noch verschärft. Wie können Sie bewirken, dass Wohnraum geschaffen und die Enge in Sammelunterkünften reduziert wird? Wie werden Sie medizinische Hilfen auch für nicht Krankenversicherte zugänglich machen?**

**Antwort:**

Der beste Weg, überfüllten Unterkünften entgegenzuwirken, ist und bleibt ausreichender Wohnraum. Wir setzen nicht auf rechtlich fragwürdige und ungeeignete Eingriffe, sondern packen mit Neubau das Problem an der Wurzel.

In Deutschland gilt seit 2009 eine allgemeine Krankenversicherungspflicht. Nach Angaben des Statistischen Bundesamts waren im Jahr 2019 noch 61.000 Menschen ohne Krankenversicherung. Unser Ziel ist es, die Zahl der Menschen in Deutschland ohne Krankenversicherung weiter zu senken. Hierzu wurden in der Vergangenheit verschiedene gesetzliche Regelungen durch das GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz und das Gesetz zur Beseitigung sozialer Überforderung bei Beitragsschulden in der Krankenversicherung auf

den Weg gebracht. Vor diesem Hintergrund ist erfreulicherweise festzustellen, dass die Zahl der nichtversicherten Personen in Deutschland weiter abnimmt.

**3. Unabhängige Beschwerdestellen bei Polizeigewalt und polizeilichem Fehlverhalten werden seit Jahren von den Menschenrechtsorganisationen in Deutschland eingefordert. Welche Schritte werden Sie bis wann unternehmen, um unabhängige Beschwerdestellen einzurichten?**

**Antwort:**

CDU und CSU stehen fest an der Seite derjenigen, die täglich alle Anstrengungen unternehmen, um die Sicherheit der Menschen in unserem Land zu verteidigen. Unsere Polizistinnen und Polizisten genießen zu Recht besonders großes Vertrauen. Sie verdienen unseren Respekt und unsere Unterstützung. Es gibt bereits Ombudsleute bei den Landespolizeien, den Kabinettsausschuss zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus sowie auch die Anti-Diskriminierungsstelle des Bundes. Darüber hinaus sehen wir keinen Anlass, weitere Beschwerdestellen einzurichten. Ziel muss es sein, eine Kultur in der Polizei zu leben, um vertrauensvoll miteinander umzugehen. Bei schwerwiegenden Verfehlungen ihrer Kollegen müssen Polizistinnen und Polizisten wachsam sein und handeln. Wir müssen auch weiter daran arbeiten, dass die Fehlerkultur in der Polizei noch besser wird. Bei Vergehen muss rasch aufgeklärt werden, disziplinarrechtliche Maßnahmen müssen ausgeschöpft und auch strafrechtliche Konsequenzen müssen geprüft und ggfs. ergriffen werden.

**4. Für Soziale Arbeit ist eine Vertrauensbeziehung zu Adressat\*innen unerlässlich. Wie bewerten Sie das fehlende Zeugnisverweigerungsrecht für Sozialarbeiter\*innen? Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass in der Sozialen Arbeit ein Zeugnisverweigerungsrecht gilt?**

**Antwort:**

Wir sind der Auffassung, dass die Tätigkeit von Sozialarbeitern in den Arbeitsfeldern mobiler Jugendarbeit, Reintegration gewaltbereiter junger Menschen und bei der Beratung von Gewaltopfern ein besonderes Vertrauensverhältnis zum Klienten voraussetzt. Im Sinne

einer möglichst umfassenden Wahrheitsermittlung ist der Kreis der Zeugnisverweigerungsberechtigten in Strafprozessen jedoch auf das unbedingt erforderliche Maß zu begrenzen. Eine Einschränkung der möglichst umfassenden Wahrheitsermittlung kommt daher nur bei Vorliegen ganz besonders wichtiger Interessen in Betracht. Diese sind bei der Tätigkeit der Beratungsstellen nach Paragraph 53 Absatz 1 Nr. 3b Strafprozessordnung gegeben.

**5. Menschen, die auf dem Land leben sind aufgrund der schlechteren Infrastruktur bezüglich Mobilität, Digitalisierung, Bildungs-/ Jugendhilfeeinrichtungen, strukturell benachteiligt. Wie wollen Sie den ländlichen Raum stärken? Welche Maßnahmen werden zum Abbau der Benachteiligung getroffen?**

**Antwort:**

Gleichwertige Lebensverhältnisse zu erreichen, ist eine zentrale Aufgabe für eine funktionierende Gesellschaft. . In unserem Modernisierungsjahrzehnt gehen wir die Herausforderungen an: Vom bezahlbaren Wohnraum über neues Leben in Innenstädten und Dorfkernen, von der Bewahrung der Natur und wirtschaftlicher Entwicklung in allen Regionen bis hin zur guten Nahversorgung, der Einrichtung von Mehrfunktionshäusern mit Angeboten auch für Jugendliche und einer guten Verkehrsanbindung. Wir schaffen Modellregionen mit weniger Bürokratie und guten Bedingungen für Start-Ups. Wir siedeln gezielt Behörden in strukturschwachen Regionen an. Wir richten Heimatagenturen ein, die aktiv um junge Menschen und Familien für die ländlichen Räume werben sollen. Wir stärken Ehrenamt, Sport und Kultur und fördern den Zusammenhalt. Das Verkehrsnetz bauen wir mit Schienen, Straßen und sicheren Radwegen auch auf dem Land aus. Wir investieren 15 Milliarden Euro in schnelles Internet und Gigabitnetze und wir verbessern die medizinische Versorgung mit 5 000 neuen Medizinstudienplätzen, einer höheren Landarztquote und dem Ausbau der Telemedizin.

**6. In Deutschland leben Menschen, die aufgrund von Krieg, Armut und Verfolgung geflohen sind und hier illegalisiert sind. Sie haben erhebliche Unterstützungsbedarfe. Wie bewerten Sie die Situation? Welche Maßnahmen ergreifen Sie, um ihnen eine**

## **Perspektive zu geben und Wege in die Legalität aufzuzeigen?**

### **Antwort:**

Die Versorgung von Schutzsuchenden ist eine gemeinsame europäische Herausforderung. Das Gemeinsame Europäische Asylsystem muss daher reformiert werden. Wir sprechen uns für die Einrichtung von europäisch verwalteten Entscheidungszentren an den EU-Außengrenzen aus, in denen geprüft werden soll, ob ein Asylanspruch vorliegt oder nicht. Wir brauchen gemeinsame Standards im europäischen Asylrecht und eine europaweite Harmonisierung der Aufnahmebedingungen. Für diejenigen, die eine Bleibeperspektive in unserem Land haben und dauerhaft hier leben werden, wollen wir die Integration fordern und fördern. Dazu gehören zielgruppenspezifische und flexible Angebote beim Spracherwerb, eine gezielte Frühförderung von Kindern und die Verbesserung von Beratungsangeboten in Kitas und Grundschulen. Gezielt wollen wir auch Frauen bei der Arbeitsmarktintegration unterstützen. Wir wollen die Anerkennung und Übertragbarkeit ausländischer Qualifikationen weiter fördern und ein befristetes Programm starten, das Informationen zu Unternehmensgründungen vermittelt.

## **7. Digitale Medien bestimmen unseren Alltag. Die Prozesse der Digitalisierung haben zu mehr Überwachung und Ökonomisierung von Daten geführt, auch zu neuen Formen sozialer Benachteiligung. Wie werden Sie die Bürger\*innen hiervoor schützen? Wie stehen Sie zu digitaler Selbstbestimmung als Menschenrecht?**

### **Antwort:**

Die digitale Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft bietet enorme Chancen – wenn wir sie aktiv gestalten. Digitalisierung darf nicht als Ziel, sondern muss als Instrument verstanden werden, den Wohlstand in Deutschland und Europa zu bewahren und zu steigern. So spielen beispielsweise digitale Plattformen eine immer größere Rolle. Das hat sowohl positive Effekte als auch negative. Digitale Plattformen sind ein zentraler Baustein der digitalen Wirtschaft, weil sie als Schnittstellen fungieren und Wachstum befördern. Darum tragen sie aber auch eine besondere Verantwortung für den Wettbewerb und im Umgang mit den Verbrauchern. Mit dem Digitalisierungs-GWB haben wir als erstes Land der Welt einen neuen, zukunftsfähigen Rechtsrahmen geschaffen, der Tech-Giganten in die

Schranken weist und gleiche Wettbewerbsbedingungen herstellt. Damit sichern wir den fairen Wettbewerb und die Wahlfreiheit der Verbraucherinnen und Verbraucher in der Digitalwirtschaft. Dies wollen wir auch auf EU-Ebene über den Digital Services Act und den Digital Markets Act gewährleisten, die einerseits wichtige Grundsätze für alle Plattformen und zusätzlich besondere Regeln für die großen Tech-Giganten festlegen. Die Nutzung personenbezogener Daten darf darüber hinaus nur im Rahmen der Datenschutz-Grundverordnung stattfinden, deren Durchsetzung wir mittels effizienterer Aufsichtsbehörden stärken wollen.

**8. Durch Drug-Checking können Konsumierende/Dritte sich über den untersuchten Stoff und mögliche Gefahren informieren. Gleichzeitig ist eine Kontaktaufnahme der Drogenhilfe zu den Konsumierenden möglich. Wie steht Ihre Partei zum Drug-Checking? Mit welchen Maßnahmen werden Sie Drug-Checking einführen?**

**Antwort:**

Eine Legalisierung illegaler Drogen lehnen wir weiterhin ab. Zu groß sind die gesundheitlichen Folgen für den Einzelnen und die Auswirkungen auf Familie, Umfeld und Gesellschaft. Wer legalisiert, der stellt gerade nicht Gesundheits- und Jugendschutz in den Mittelpunkt der Drogenpolitik, entzieht sich seiner Verantwortung und lässt Betroffene sowie ihre Angehörigen mit den Problemen allein. Das ist nicht unser Weg. Was wir brauchen, sind Aufklärung sowie frühe und massentauglichere Sanktionen, die der Tat auf dem Fuße folgen und unmittelbar zur Wahrnehmung von Beratungs- und Therapieangeboten veranlassen.